



Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss-Protokoll

der 6. und 7. Sitzung, Amtsjahr 2009-2010

Mittwoch, den 11. März 2009, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Patrick Hafner, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Regine Smit, II. Ratssekretärin

Abwesende:

11. März 2009, 09:00 Uhr
6. Sitzung *Andreas Albrecht (LDP), Markus Benz (GB), Claude François Beranek (LDP), Ursula Metzger (SP), Lorenz Nägelin (SVP), Esther Weber (SP), Christoph Wydler (EVP/DSP).*

11. März 2009, 15:00 Uhr
7. Sitzung *Markus Benz (GB), Sibylle Benz (SP), Claude François Beranek (LDP), Christophe Haller (FDP), Lorenz Nägelin (SVP), Heiner Vischer (LDP), Esther Weber (SP), Christoph Wydler (EVP/DSP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung. | 2 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte. | 4 |
| 3. | Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen. | 5 |
| 4. | Bericht und Vorschlag zur Wahl eines Ersatzrichters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2007-2012. | 5 |
| 5. | Wahl der fünf Mitglieder der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz. | 6 |
| 6. | Wahl der zwei Mitglieder der IGPK Polizeischule Hitzkirch. | 6 |
| 7. | Wahl der sieben Mitglieder der IGPK Universität. | 7 |
| 8. | Wahl der sieben Mitglieder der IGPK Universitätskinderspital beider Basel. | 7 |
| 9. | Wahl der fünf Mitglieder der IGPK Rheinhäfen. | 7 |
| 12. | Ausgabenbericht NATUR Festival: Finanzierung für die Jahre 2009 bis 2011. | 8 |

13.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Henric Petri-Strasse 35 / Aeschengraben 72, Verlängerung des bestehenden Verleihungsbeschlusses.	8
14.	Ratschlag Rahmenkredit für den Ausbau des IWB Telehouses Etappe III für die Jahre 2008 bis 2013.	9
15.	Ratschlag Rechte und Pflichten der Eltern an den Schulen. Änderung des Schulgesetzes und des Übertretungsstrafgesetzes.	9
17.	Vorgezogene Budgetpostulate 2010 1 - 10.	12
16.	Neue Interpellationen.	14
10.	Wahl der sieben Mitglieder des Districtsrates.	14
11.	Wahl der drei Mitglieder und eines Ersatzmitglieds des Oberrheinrates.	15
17.	Vorgezogene Budgetpostulate 2010 1 - 10.	15
18.	Motionen 1 - 4.	18
19.	Anzüge 1 - 7.	19
	Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)	21
	Anhang B: Neue Vorstösse	24

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung.

[11.03.09 09:03:54, MGT]

Mitteilungen

Patrick Hafner, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

Rücktritt

Ich muss Ihnen leider den Rücktritt von Stephan Gassmann als Mitglied des Grossen Rates auf den 31. März 2009 bekannt geben. Stephan Gassman verlässt uns, weil er ausserhalb des Kantons Basel-Stadt Wohnsitz nimmt.

Ich danke dem Zurücktretenden für die dem Staat in dieser Funktion geleisteten Dienste.

Neues Fraktionspräsidium CVP

Als Nachfolger von Stephan Gassmann hat die CVP-Fraktion André Weissen zum neuen Präsidenten bestimmt. Ich wünsche ihm bei der Ausübung dieser Funktion viel Freude und Erfolg.

Neue Interpellationen

Es sind vier neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 7 und 9 werden mündlich beantwortet.

Bildaufnahmen

Ich habe Telebasel und einem Team der Rundschau des Schweizer Fernsehens gestattet, heute und nächsten Mittwoch Bildaufnahmen im Rat zu machen.

Protokollierung des Grossen Rates

Das Büro hat einige Änderungen bei den Ratsprotokollen beschlossen. Ab sofort werden sämtliche gehaltenen Voten ins Protokoll aufgenommen, also auch solche im Zusammenhang mit der Überweisung oder Abschreibung von Vorstössen. Auch die Zwischenfragen werden wir durch Aufnahme ins Wortprotokoll der Nachwelt erhalten.

Dafür wird das Protokoll nur noch in wenigen Exemplaren für die Archive und Bibliotheken auf Papier gedruckt und gebunden. Die Ratsmitglieder können die Protokolle im Internet anschauen und herunterladen.

Beschwerde gegen den Grossen Rat

Wie Sie den Medienberichten entnehmen konnten, hat die Fraktion Grünes Bündnis gegen den Grossen Rat sowohl vor Appellationsgericht, als auch vor Bundesgericht eine Beschwerde betreffend Kommissionswahlen erhoben. Das Appellationsgericht hat die Beschwerde bis zum Vorliegen eines Entscheids des Bundesgerichts vorläufig sistiert. Das Bundesgericht hat den Grossen Rat zu einer Vernehmlassung eingeladen.

Das Ratsbüro hat sich an seiner letzten Sitzung eingehend mit dieser Situation befasst. Es ist der Auffassung, dass die durch die Wahl der Kommissionen gefassten Beschlüsse vor Gericht zu vertreten sind und wird ebenso wie die Kläger einen externen Anwalt mit der Vertretung des Grossen Rates beauftragen. Den Entscheid für dieses Vorgehen fällte das Ratsbüro ohne sein Mitglied der Fraktion Grünes Bündnis, Mirjam Ballmer.

Tagesordnung

Das Ratsbüro beantragt Ihnen, die Traktanden 10 und 11, nämlich die Wahl der Mitglieder des Districtsrats und die Mitglieder des Oberrheinrats, auf nächsten Mittwoch 09.00 Uhr anzusetzen. Grund für diese Terminierung ist, dass die Regiokommission ihre Wahlvorschläge für diese beiden Traktanden erst heute über Mittag beschliessen kann.

Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der Terminierung dieser beiden Geschäfte einverstanden sind.

Andreas Burckhardt (LDP): beantragt, die Wahl der Mitglieder des Districtsrats und der Mitglieder des Oberrheinrats heute Nachmittag nach den neuen Interpellationen durchzuführen.

Jürg Stöcklin (GB): beantragt, die Traktanden 10 und 11 auf das Ende der Traktandenliste zu setzen.

Patrick Hafner, Grossratspräsident: präzisiert die Abstimmungsfrage angesichts der drei vorliegenden Anträge.

Jürg Stöcklin (GB): zieht seinen Antrag zurück.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 64 gegen 6 Stimmen, die Traktanden 10 und 11 heute Nachmittag nach den Interpellationen zu behandeln.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Tagesordnung zu genehmigen.**

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[11.03.09 09:11:07, ENG]

Zuweisungen

Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission: beantragt, die Ziffern 18 und 19 des Geschäftsverzeichnisses, den Ausgabenbericht Geschäftsmodell Infrastruktur. Integrales Managementwerkzeug (09.0045.01) und den

Ratschlag Gewährung von Darlehen an die Übertragungsnetz Basel AG (09.0065.01) der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Mitbericht zuzuweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Ausgabenbericht 09.0045.01 und den Ratschlag 09.0065.01 der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission **zum Mitbericht zuzuweisen.**

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) und durch den vorstehendem Beschluss bereinigten Zuweisungen **zu genehmigen.**

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Ernst Jost zur Situation auf dem südlichen Trottoir der Güterstrasse. (JSD, 08.5289.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Fernand Gerspach und Konsorten betreffend Schaffung qualitativ hochwertigen und familienfreundlichen Wohnraums (stehen lassen). (BVD, 06.5216.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend Erneuerung der Bausubstanz - neue und grössere Wohnungen für Basel (stehen lassen). (BVD, 04.8049.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andreas Ungricht und Konsorten betreffend bessere Parkmöglichkeiten in den Quartieren mit Hilfe überschreitender Parkerlaubnis in der blauen Zone (stehen lassen). (JSD, 06.5346.02)
- Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Tino Krattiger und Konsorten für eine grosszügige Verbindung zwischen Kasernenareal und Rheinufer, Gisela Traub und Konsorten betreffend städtebauliche Intervention für das Kasernenareal, Claudia Buess und Konsorten betreffend Aufwertung des Kasernenareals als Treffpunkt im Kleinbasel, Ruth Widmer und Konsorten betreffend Aufwertung des Kasernenareals als kulturelles Zentrum im Kleinbasel für die freie Kulturszene sowie Hanspeter Kehl und Konsorten betreffend Kasernenhauptbau (stehen lassen). (PD, 06.5360.02, 00.6444.04, 06.5359.02, 06.5357.02, 06.5361.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ueli Mäder und Konsorten betreffend Einführung einer Kulturlegi (stehen lassen). (PD, 01.6754.03)
- Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Andreas Burckhardt und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Einführung einer obligatorischen eidgenössischen Erdbebenversicherung (stehen lassen). (FD, 07.5042.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Christine Keller betreffend Geldfluss zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. (FD, 08.5290.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Christophe Haller betreffend Solardächer im Gebiet vorderer Jakobsberg. (BVD, 08.5303.02)
- Rücktritt von Stephan Gassmann als Mitglied des Grossen Rates. (09.5953.01)

3. Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen.

[11.03.09 09:12:32, JSD, 09.0066.01, EIN]

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat mit Schreiben 09.0066.01 insgesamt 31 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht (23 Gesuche) unter gleichzeitiger Bestätigung der Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Basel.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Die bestätigten Bürgeraufnahmen sind im Kantonsblatt Nr. 20 vom 14. März 2009 publiziert.

4. Bericht und Vorschlag zur Wahl eines Ersatzrichters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2007-2012.

[11.03.09 09:13:45, WVKo, 08.5293.02, BER]

Die Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 08.5293.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Tanja Soland, Präsidentin der Wahlvorbereitungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Anstelle der zurückgetretenen Christine Müller-Schmidt wird als Ersatzrichter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2012 gewählt:

Michael-Armin Michaelis, geb. 1942, Bergalingerstr. 28, 4058 Basel.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Wahl der fünf Mitglieder der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz.

[11.03.09 09:16:36, WA1]

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Wahlen in den Traktanden 5 - 11 offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Für die Wahl als Mitglieder der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz vorgeschlagen wurden von der Finanzkommission: Patricia von Falkenstein; von der Geschäftsprüfungskommission: Urs Schweizer; von der Bildungs- und Kulturkommission: Doris Gysin, Oswald Inglin und Annemarie Pfeifer.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig bei 2 Enthaltungen **Patricia von Falkenstein, Urs Schweizer, Doris Gysin, Oswald Inglin** und **Annemarie Pfeifer** als Mitglieder der IPK Fachhochschule Nordwestschweiz.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Wahl der zwei Mitglieder der IGPK Polizeischule Hitzkirch.

[11.03.09 09:18:42, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der IGPK Polizeischule Hitzkirch vorgeschlagen wurden von der Finanzkommission Eduard Rutschmann und von der Geschäftsprüfungskommission Urs Müller.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig bei 2 Enthaltungen **Eduard Rutschmann** und **Urs Müller** als Mitglieder der IGPK Polizeischule Hitzkirch.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Wahl der sieben Mitglieder der IGPK Universität.

[11.03.09 09:19:36, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der IGPK Universität vorgeschlagen wurden von der Finanzkommission: Dieter Werthemann und Greta Schindler; von der Geschäftsprüfungskommission: Patrick Hafner und Franziska Reinhard; von der Bildungs- und Kulturkommission: Oskar Herzig, Martin Lüchinger und Ernst Mutschler.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig bei 5 Enthaltungen **Dieter Werthemann, Greta Schindler, Patrick Hafner, Franziska Reinhard, Oskar Herzig, Martin Lüchinger** und **Ernst Mutschler** als Mitglieder der IGPK Universität.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

8. Wahl der sieben Mitglieder der IGPK Universitätskinderspital beider Basel.

[11.03.09 09:20:37, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der IGPK Universitätskinderspital beider Basel vorgeschlagen wurden von der Finanzkommission: Annemarie von Bidder und André Weissen; von der Geschäftsprüfungskommission: Urs Müller und Helen Schai; von der Gesundheits- und Sozialkommission: Salome Hofer, Christine Locher-Hoch und Philippe Macherel.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig bei 5 Enthaltungen **Annemarie von Bidder, André Weissen, Urs Müller, Helen Schai, Salome Hofer, Christine Locher-Hoch** und **Philippe Macherel** als Mitglieder der IGPK Universitätskinderspital beider Basel.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

9. Wahl der fünf Mitglieder der IGPK Rheinhäfen.

[11.03.09 09:21:55, WAH]

Für die Wahl als Mitglieder der IGPK Rheinhäfen vorgeschlagen wurden von der Finanzkommission: Jürg Stöcklin; von der Geschäftsprüfungskommission: Andreas Ungricht; von der Wirtschafts- und Abgabekommission: Elisabeth Ackermann, Christophe Haller und Beat Jans.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig bei 2 Enthaltungen **Jürg Stöcklin, Andreas Ungricht, Elisabeth Ackermann, Christophe Haller** und **Beat Jans** als Mitglieder der IGPK Rheinhäfen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Ausgabenbericht NATUR Festival: Finanzierung für die Jahre 2009 bis 2011.

[11.03.09 09:22:59, UVEK, BVD, 08.2148.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 08.2148.01 einzutreten und für die Durchführung des NATUR Festivals in den Jahren 2009 bis 2011 eine nicht indexierte Subvention in der Höhe von insgesamt CHF 450'000 zu bewilligen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung,

den Regierungsrat zu ermächtigen, dem Verein Beirat NATUR für die Durchführung des NATUR Festivals in den Jahren 2009 bis 2011 eine nicht indexierte Subvention in der Höhe von jährlich CHF 150'000 zu entrichten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

13. Schreiben des Regierungsrates betreffend Henric Petri-Strasse 35 / Aeschengraben 72, Verlängerung des bestehenden Verleihungsbeschlusses.

[11.03.09 09:26:44, BVD, 09.0044.01, SCH]

Der Regierungsrat beantragt, auf das Schreiben des Regierungsrates einzutreten und der Verlängerung der bestehenden Inanspruchnahme der Allmend um 50 Jahre zuzustimmen.

Patrick Hafner, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss war im Schreiben des Regierungsrates nicht enthalten. Er wurde Ihnen aufgelegt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Schreiben **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung,

den Regierungsrat zu ermächtigen, das zu Gunsten der Migros Bank, Seidengasse 12, 8001 Zürich im Bereich der Henric Petri-Strasse und des Aeschengrabens bestehende Allmendbenutzungsrecht (Recht zur Unterkellerung der Allmend) um maximal 50 Jahre zu verlängern. Das Allmendbenutzungsrecht kann in geeigneter Weise dinglich mit dem Eigentum an einer Liegenschaft verbunden werden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

14. Ratschlag Rahmenkredit für den Ausbau des IWB Telehouses Etappe III für die Jahre 2008 bis 2013.

[11.03.09 09:28:05, UVEK, WSU, 08.1823.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 08.1823.01 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Voten: *Michael Wüthrich, Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission; Brigitta Gerber (GB); RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig und unter Verzicht auf eine zweite Lesung,

für den Ausbau des IWB Telehouses Etappe III einen Rahmenkredit für die Jahre 2008 bis 2013 von CHF 8'310'000 zu Lasten des Anlagevermögens der Industriellen Werke Basel (IWB) zu bewilligen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

15. Ratschlag Rechte und Pflichten der Eltern an den Schulen. Änderung des Schulgesetzes und des Übertretungsstrafgesetzes.

[11.03.09 09:35:10, BKK, ED, 09.0087.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 09.0087.01 einzutreten und den vorgelegten Beschlussesentwürfen zuzustimmen.

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Besuch auf der Zuschauertribüne

Der Grossratspräsident begrüsst die Schulklasse 1b der WBS Gellert. Sie verfolgt die Verhandlungen auf der Tribüne des Grossratsaals (*Applaus*).

Voten: *Christine Wirz-von Planta (LDP); Martina Bernasconi (GLP); Heidi Mück (GB); Doris Gysin (SP); Oswald Inglin (CVP); Oskar Herzig (SVP); Annemarie Pfeifer (EVP/DSP)*

Zwischenfrage

Voten: *Baschi Dürr (FDP); Annemarie Pfeifer (EVP/DSP); Ernst Mutschler (FDP)*

Einzelvoten

Brigitta Gerber (GB): beantragt Rückweisung des Ratschlags an den Regierungsrat.

Schlussvoten

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Zwischenfrage

Voten: *Brigitta Gerber (GB); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Voten: *Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 6 Stimmen, den Rückweisungsantrag von Brigitta Gerber abzulehnen.

Detailberatung

des Schulgesetzes.

Titel und Ingress

Römisch I

§ 65 Satz 2 wird aufgehoben

§ 74 Abs. 1

§ 79b Abs. 1 lit. b

§ 91 samt Titel

Antrag

Die SP Fraktion beantragt, § 91 Abs. 9 zu streichen.

Voten: *Tanja Soland (SP); Baschi Dürr (FDP); Andreas Burckhardt (LDP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission; Christine Wirz-von Planta (LDP); Jürg Meyer (SP); Andreas C. Albrecht (LDP); Mustafa Atici (SP); Stephan Luethi (SP); Baschi Dürr (FDP); Tanja Soland (SP); Oswald Inglin (CVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 48 gegen 33 Stimmen, § 91 Abs. 9 nicht zu streichen.

Detailberatung

§ 91a samt Titel

Römisch II

Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit.

Inkraftsetzungsvorbehalt

Der Grosse Rat beschliesst

mit 74 gegen 11 Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung,

den vom Regierungsrat beantragten Änderungen des Schulgesetzes **zuzustimmen**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren; er unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft auf Beginn des Schuljahres 2009/10 am 10. August 2009 wirksam. Sollte aufgrund eines allfällig erhobenen Referendums dieser Wirksamkeitstermin nicht eingehalten werden können, bestimmt im Falle der Annahme der Vorlage der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

Für den Fall, dass die Änderung des Übertretungsstrafgesetzes vom 11.03.2009 nicht wirksam wird, fällt auch diese Änderung dahin.

Detailberatung

des Übertretungsstrafgesetzes.

Titel und Ingress

Römisch I

§ 49 wird aufgehoben

Römisch II

Publikations- und Referendums Klausel, Wirksamkeit.

Inkraftsetzungsvorbehalt

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig Stimmen und unter Verzicht auf eine zweite Lesung,

der vom Regierungsrat beantragten Änderung des Übertretungsstrafgesetzes zuzustimmen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren; er unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft auf Beginn des Schuljahres 2009/10 am 10. August 2009 wirksam. Sollte aufgrund eines allfällig erhobenen Referendums dieser Wirksamkeitstermin nicht eingehalten werden können, bestimmt im Falle der Annahme der Vorlage der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

Für den Fall, dass die Änderung des Schulgesetzes vom 11.03.2009 nicht wirksam wird, fällt auch diese Änderung dahin.

Die beschlossenen Änderungen des Schulgesetzes und des Übertretungsstrafgesetzes sind im Kantonsblatt Nr. 20 vom 14. März 2009 publiziert.

17. Vorgezogene Budgetpostulate 2010 1 - 10.

[11.03.09 11:10:09]

1. Vorgezogenes Budgetpostulat Dominique König-Lüdin Dienststelle Nr. 220 / Leitung Bildung / ED

[11.03.09 11:10:09, 08.5329.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5329 entgegenzunehmen.

Voten: *Martina Bernasconi (GLP); Oskar Herzig (SVP); Sibylle Benz Hübner (SP); Oswald Inglin (CVP); Elisabeth Ackermann (GB); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Dominique König-Lüdin (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 45 gegen 36 Stimmen, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5329 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

2. Vorgezogenes Budgetpostulat Maria Berger-Coenen und Heidi Mück Dienststelle Nr. 230 / Volksschule / 30 Personalaufwand / ED

[11.03.09 11:29:54, 08.5334.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5334 entgegenzunehmen.

Voten: *Thomas Grossenbacher (GB); Doris Gysin (SP); Maria Berger-Coenen (SP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 43 gegen 37 Stimmen, das Vorgezogene Budgetpostulat **abzulehnen**.

Das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5334 ist **erledigt**.

3. Vorgezogenes Budgetpostulat Guido Vogel Dienststelle Nr. 831 / Amt für Umwelt und Energie / WSU

[11.03.09 11:40:20, 08.5335.01, NVP]

Der Regierungsrat ist bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5335 entgegenzunehmen.

Voten: *Heiner Vischer (LDP); RR Christoph Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU); Guido Vogel (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5335 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

4. Vorgezogenes Budgetpostulat Heidi Mück Dienststelle Nr. 230 / Volksschule / 30 Personalaufwand / ED

[11.03.09 11:44:17, 08.5336.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5336 entgegenzunehmen.

Voten: *Thomas Grossenbacher (GB); Alexander Gröflin (SVP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Martin Lüchinger (SP); Heidi Mück (GB)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 55 gegen 24 Stimmen, das Vorgezogene Budgetpostulat **abzulehnen**.

Das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5336 ist **erledigt**.

Sitzungsunterbruch

Fortsetzung des Geschäfts 17 am Nachmittag des gleichen Tages nach den terminierten Traktanden 16, 10 und 11.

Mitteilung

Patrick Hafner, Grossratspräsident: präzisiert, dass Mirjam Ballmer beim Entscheid des Ratsbüros, den Grossen Rat durch einen Anwalt vertreten zu lassen, im Ausstand war (Mitteilungen Traktandum 1).

Schluss der 6. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 7. Sitzung

Mittwoch, 11. März 2009, 15:00 Uhr

16. Neue Interpellationen.

[11.03.09 15:03:58]

Interpellation Nr. 6 Oswald Inglin betreffend die Ausrichtung des Immobilienportfolios des Finanzvermögens von Immobilien Basel im Rahmen des Politikschwerpunktes "Stadtwohnen".

[11.03.09 15:03:59, FD, 09.5057.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 7 Thomas Grossenbacher betreffend Situation Basler Waisenhaus

[11.03.09 15:04:26, ED, 09.5058.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Thomas Grossenbacher (GB); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Thomas Grossenbacher (GB)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 09.5058 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 8 Loretta Müller betreffend Polizeieinsatz vom 1. März im Matthäusquartier

[11.03.09 15:13:30, SJD, 09.5059.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Loretta Müller (GB)*

Interpellation Nr. 9 Eveline Rommerskirchen betreffend Landhof-Areal

[11.03.09 15:14:18, ED, 09.5060.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Eveline Rommerskirchen (GB); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Eveline Rommerskirchen (GB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 09.5060 ist **erledigt**.

10. Wahl der sieben Mitglieder des Districtsrates.

[11.03.09 15:22:44, RegioKo, WAH]

Die Regiokommission nominiert Sybille Benz-Hübner (SP), Martina Bernasconi (GLP), Andrea Bollinger (SP), Andreas Burckhardt (LDP), Eveline Rommerskirchen (GB), Heinrich Ueberwasser (EVP/DSP) und Samuel Wyss (SVP) als Mitglieder des Districtsrates.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig bei 2 Enthaltungen **Sybille Benz-Hübner (SP), Martina Bernasconi (GLP), Andrea Bollinger (SP), Andreas Burckhardt (LDP), Eveline Rommerskirchen (GB), Heinrich Ueberwasser (EVP/DSP) und Samuel Wyss (SVP)** als Mitglieder des Districtsrates.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Wahl der drei Mitglieder und eines Ersatzmitglieds des Oberrheinrates.

[11.03.09 15:24:14, RegioKo, WAH]

Die Regiokommission nominiert Helmut Herberger (FDP), Helen Schai-Zigerlig (CVP) und Heinrich Ueberwasser (EVP/DSP) als Mitglieder des Oberrheinrates sowie Guido Vogel (SP) als Ersatzmitglied des Oberrheinrates.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig bei 2 Enthaltungen **Helmut Herberger (FDP), Helen Schai-Zigerlig (CVP) und Heinrich Ueberwasser (EVP/DSP)** als Mitglieder des Oberrheinrates, sowie **Guido Vogel (SP)** als Ersatzmitglied des Oberrheinrates.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

17. Vorgezogene Budgetpostulate 2010 1 - 10.

[11.03.09 15:25:16]

5. Vorgezogenes Budgetpostulat Tino Krattiger und Konsorten Dienststelle Nr. 370 / Kultur / PD

[11.03.09 15:25:16, 08.5337.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5337 entgegenzunehmen.

Voten: *Maria Berger-Coenen (SP); Rudolf Vogel (SVP); Daniel Stolz (FDP); Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Patricia von Falkenstein (LDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 52 gegen 14 Stimmen, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5337 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

6. Vorgezogenes Budgetpostulat Beat Jans Investitionsübersichtsliste / Investitionsrechnung

[11.03.09 15:38:04, 08.5338.01, NVP]

Der Regierungsrat ist bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5338 entgegenzunehmen.

Lukas Engelberger (CVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Sabine Suter (SP)*; *Sebastian Frehner (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Urs Müller-Walz (GB)*; *Sebastian Frehner (SVP)*

Voten: *Baschi Dürr (FDP)*; *Andreas Burckhardt (LDP)*

Zwischenfrage

Jürg Stöcklin (GB): Andreas Burckhardt, sind Sie sich bewusst, dass die Planung für das Budget 2010, auf welches sich die Vorgezogenen Budgetpostulate beziehen, in der Regierung *jetzt* beginnt?

Andreas Burckhardt (LDP): Jo.

Voten: *Jürg Stöcklin (GB)*; *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*; *Beat Jans (SP)*

Zwischenfragen

Voten: *Lukas Engelberger (CVP)*; *Beat Jans (SP)*

Voten: *Andreas Burckhardt (LDP)*; *Beat Jans (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 57 gegen 20 Stimmen, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5338 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

7. Vorgezogenes Budgetpostulat Tino Krattiger Erhöhung Budget für Planung und Unterhalt

[11.03.09 16:05:43, 08.5339.01, NVP]

Der Regierungsrat ist bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5339 entgegenzunehmen.

Sebastian Frehner (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Mustafa Atici (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 46 gegen 28 Stimmen, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5339 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

8. Vorgezogenes Budgetpostulat Mirjam Ballmer Dienststelle Nr. 614 / Stadtgärtnerei / BVD

[11.03.09 16:11:00, 08.5342.01, NVP]

Der Regierungsrat ist bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5342 entgegenzunehmen.

Eduard Rutschmann (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Andrea Bollinger (SP); Mirjam Ballmer (GB)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 51 gegen 18 Stimmen, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5342 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

9. Vorgezogenes Budgetpostulat Martin Lüchinger Dienststelle Nr. 370 / 36 Eigene Beiträge / PD

[11.03.09 16:18:53, 08.5344.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5344 entgegenzunehmen.

Voten: *Heidi Mück (GB); Oskar Herzig (SVP); Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentialdepartementes (PD); Jürg Meyer (SP); Daniel Goepfert (SP); Martin Lüchinger (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 44 gegen 24 Stimmen, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5344 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

10. Vorgezogenes Budgetpostulat Martin Lüchinger Dienststelle Nr. 290 / 36 Eigene Beiträge / ED

[11.03.09 16:37:20, 08.5345.01, NVP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5345 entgegenzunehmen.

Voten: *Oskar Herzig (SVP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Daniel Goepfert (SP); Martin Lüchinger (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Lukas Engelberger (CVP); Martin Lüchinger (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 41 gegen 27 Stimmen, das Vorgezogene Budgetpostulat 08.5345 dem Regierungsrat **überweisen**.

18. Motionen 1 - 4.

[11.03.09 16:44:32]

1. Motion Andreas C. Albrecht und Konsorten betreffend Zulassung von Sonnenkollektoren auf Hausdächern in der Stadt- und Dorfbildschutzzone

[11.03.09 16:44:32, 09.5007.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 09.5007 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion 09.5007 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

2. Motion Stephan Gassmann und Konsorten betreffend Konkurrenzfähigkeit von gemeinnützig tätigen Non-Profit-Institutionen mit staatlichen Beiträgen. Subventionsgesetz vom 18. Okt. 1984, Erweiterung von § 6, Ziffer 4

[11.03.09 16:45:07, 09.5012.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 09.5012 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ursula Kissling (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Martina Saner (SP); Stephan Gassmann (CVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 50 gegen 6 Stimmen, die Motion 09.5012 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

3. Motion Helmut Hersberger und Konsorten betreffend Bildung gemeinsamer Kommissionen BL / BS zur Bearbeitung partnerschaftlicher Geschäfte

[11.03.09 16:53:54, 09.5030.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 09.5030 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Eveline Rommerskirchen (GB): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Samuel Wyss (SVP); Andreas Burckhardt (LDP); Helmut Hersberger (FDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 40 gegen 21 Stimmen, die Motion 09.5030 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

4. Motion Alexander Gröflin und Konsorten für eine Volkswahl der Regierungspräsidentin oder des Regierungspräsidenten

[11.03.09 17:01:14, 09.5031.01, NMO]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 09.5031 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Lukas Engelberger (CVP); Brigitte Hollinger (SP); Jürg Stöcklin (GB); Alexander Gröflin (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Stephan Gassmann (CVP); Alexander Gröflin (SVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 44 gegen 16 Stimmen, die Motion 09.5031 dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu **überweisen**.

19. Anzüge 1 - 7.

[11.03.09 17:13:16]

1. Anzug Beatriz Greuter und Konsorten betreffend der Einführung des Testsystems Stellwerk im Kanton Basel-Stadt

[11.03.09 17:13:16, 09.5004.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug 09.5004 entgegenzunehmen.

Voten: *Oskar Herzig (SVP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Sibel Arslan (GB); Franziska Reinhard (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 44 gegen 40 Stimmen, den Anzug 09.5004 dem Regierungsrat zu **überweisen**.

2. Anzug Helmut Hersberger und Konsorten betreffend sinnvolle Bekämpfung der Finanzkrise

[11.03.09 17:28:09, 09.5008.01, NAZ]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 09.5008 entgegenzunehmen.

Beat Jans (SP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Daniel Stolz (FDP); Jürg Stöcklin (GB); Andreas Burckhardt (LDP); Eduard Rutschmann (SVP); Patrizia Bernasconi (GB); Beat Jans (SP); Jörg Vitelli (SP); Andreas Burckhardt (LDP); Helmut Hersberger (FDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 44 gegen 39 Stimmen, den Anzug **abzulehnen**.

Der Anzug 09.5008 ist **erledigt**.

Sitzungsunterbruch

Fortsetzung des Geschäfts 19 am Mittwoch, 18. März 2009, 09:00 Uhr.

Schriftliche Anfragen

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Brigitte Hollinger betreffend wieder mehr Tuberkulosefälle. Gilt dies auch für Basel? (09.5056.01).
- Schriftliche Anfrage Jörg Vitelli betreffend Veloübergang am Grossbasler Brückenkopf der Dreirosenbrücke (09.5064.01).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

Schluss der 7. Sitzung

17:59 Uhr

Basel, 12. März 2009

Patrick Hafner
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bestätigung von Bürgeraufnahmen.		JSD	09.0066.01
2.	Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl eines Ersatzrichters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2007 - 2012.	WVKo		08.5293.02
3.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Henric Petri-Strasse 35 / Aeschengraben 72, Verlängerung des bestehenden Verleihungsbeschlusses.		BVD	09.0044.01
4.	Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Urs Müller-Walz und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Übernahme der Mietnebenkosten inkl. jährlicher Schlussrechnung bei den Ergänzungsleistungen sowie Anpassung des Grenzwertes der Mietkosten für Mehrpersonenhaushalte.		WSU	07.5078.02
5.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Verbesserung J. Burckhardt-Strasse Buslinie 37.		WSU	06.5348.02
6.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Stephan Gassmann und Konsorten betreffend Verhinderung einer Verzögerung des Baus des Wisenbergtunnels sowie Urs Schweizer und Konsorten betreffend schnellere InterCity-Verbindungen für Basel.		BVD	04.8069.03 08.5116.02
7.	Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Doris Gysin und Konsorten betreffend Einreichung einer Standesinitiative zur Harmonisierung der Stipendien.		ED	06.5224.02
8.	Ratschlag Rechte und Pflichten der Eltern an den Schulen. Änderungen des Schulgesetzes (SG 410.100) und des Übertretungsstrafgesetzes (SG 253.100).	BKK	ED	09.0087.01
Überweisung an Kommissionen				
9.	Ratschlag Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, Planung/Realisierung Hochschule für Gestaltung und Kunst HGK, Standort Zollfreilager/Dreispietz. Gewährung eines Baukredits.	BKK	BVD	09.0043.01
10.	Bericht des Regierungsrates zur Kantonalen Initiative "Für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstelleninitiative)" sowie Schreiben zum Anzug Rolf Häring und Konsorten betreffend die Schaffung eines kantonalen Berufsbildungsfonds.	BKK	ED	07.1399.03 05.8395.03
11.	Ratschlag Bewilligung von Beiträgen an den Kredit für Theater und Tanz der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2009 - 2012.	BKK	PD	09.0219.01
12.	Ratschlag Beschaffung von Ökostrom-Zertifikaten zur Sicherstellung einer 100% erneuerbaren Stromversorgung durch die Industriellen Werke Basel (IWB).	UVEK	WSU	08.2150.01
13.	Ausgabenbericht auf der Lyss Baumersatz, Aufwertung und Verbesserung der Verkehrssicherheit.	UVEK	BVD	09.0046.01
14.	Ratschlag Erlenmatt Freigabe von Krediten für die Erschliessung Ost und die Erschliessung ÖV 1. Etappe sowie Schreiben zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Tramverbindung Erlenmatt - Kleinhüningen.	UVEK	BVD	09.0082.01 08.5109.02
15.	Bericht des Regierungsrates zur Initiative gegen den Mobilfunkantennen-Wildwuchs und zur Mobilfunk-Policy Basel-Stadt sowie Ratschlag und Entwurf im Sinne eines Gegenvorschlags zu einer Änderung des Umweltschutzgesetzes vom 13. März 1991 betreffend Reduktion der Strahlenbelastung durch den Mobilfunk.	UVEK	WSU	07.1138.03
16.	Ratschlag Anpassung der kantonalen Gesetze an die Justizreform des Bundes.	JSSK	JSD	08.2094.01

17.	Ratschlag betreffend Gesetz über die Information und den Datenschutz (Informations- und Datenschutzgesetz).	JSSK	JSD	08.0637.01
18.	Ausgabenbericht Geschäftsmodell Infrastruktur. Integrales Managementwerkzeug.	FKom	BVD	09.0045.01
19.	Ratschlag Gewährung von Darlehen an die Übertragungsnetz Basel AG.	FKom	WSU	09.0065.01
20.	Petition P259 "Bebbi Sagg" und Abfallentsorgung neu überdenken.	PetKo		09.5041.01
21.	Petition P260 für eine direkte ÖV-Verbindung zwischen dem Bruderholzspital und dem Bahnhof Basel SBB.	PetKo		09.5044.01
22.	Petition P261 "Regio-S-Bahn ohne Wartezeiten".	PetKo		09.5047.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

23.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag 08.1440.01 zu einer Teilrevision: - des Gesetzes betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 27. Juni 1895 - des Gesetzes über die direkten Steuern (Steuergesetz, StG) vom 12. April 2000 betreffend Neuorganisation der Steuergerichtsbarkeit sowie Amtshilfe an Behörden anderer Kantone.	JSSK	JSD	08.1440.02
24.	Schreiben der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Anzug Peter Howald und Konsorten betreffend stadtverträgliche und CO2-freie Euro 08 vom 16. November 2006.	JSSK		06.5352.03
25.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Maurer und Konsorten betreffend einfachen Schienenanschluss an den EuroAirport.		BVD	04.8025.03
26.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend Dringlichkeit von Gleiserneuerungen und Werkleitungersatz.		BVD	07.5013.02
27.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Andreas Burckhardt und Konsorten für eine Entlastung der Lehrbetriebe in Basel durch Erhöhung der Kantonsbeiträge an die überbetrieblichen Kurse auf das Beitragsniveau des Kantons Basel-Landschaft.		ED	08.5261.02
28.	Schreiben des Regierungsrates zum Budgetpostulat Peter Malama betreffend Erziehungsdepartement / Dienststelle 265 / Berufs- und Erwachsenenbildung.		ED	08.5304.02
29.	Anzug Martina Saner und Konsorten betreffend Koordination der Zusammenarbeit und 100 Reintegrationsjobs zur erfolgreichen Umsetzung der 5. IV-Revision in Basel-Stadt			09.5043.01

Kenntnisnahme

30.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Ernst Jost zur Situation auf dem südlichen Trottoir der Güterstrasse.		JSD	08.5289.02
31.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Fernand Gerspach und Konsorten betreffend Schaffung qualitativ hochwertigen und familienfreundlichen Wohnraums (stehen lassen).		BVD	06.5216.02
32.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend Erneuerung der Bausubstanz - neue und grössere Wohnungen für Basel (stehen lassen).		BVD	04.8049.03
33.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Andreas Ungricht und Konsorten betreffend bessere Parkmöglichkeiten in den Quartieren mit Hilfe überschreitender Parkerlaubnis in der blauen Zone (stehen lassen).		JSD	06.5346.02

- | | | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|--------------------------------------------------------------------|
| 34. | Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Tino Krattiger und Consorten für eine grosszügige Verbindung zwischen Kasernenareal und Rheinufer, Gisela Traub und Consorten betreffend städtebauliche Intervention für das Kasernenareal, Claudia Buess und Consorten betreffend Aufwertung des Kasernenareals als Treffpunkt im Kleinbasel, Ruth Widmer und Consorten betreffend Aufwertung des Kasernenareals als kulturelles Zentrum im Kleinbasel für die freie Kulturszene sowie Hanspeter Kehl und Consorten betreffend Kasernenhauptbau (stehen lassen). | PD | 06.5360.02
00.6444.04
06.5359.02
06.5357.02
06.5361.02 |
| 35. | Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ueli Mäder und Consorten betreffend Einführung einer Kulturlegi (stehen lassen). | PD | 01.6754.03 |
| 36. | Schreiben des Regierungsrates zum Antrag Andreas Burckhardt und Consorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Einführung einer obligatorischen eidgenössischen Erdbebenversicherung (stehen lassen). | FD | 07.5042.02 |
| 37. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Christine Keller betreffend Geldfluss zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. | FD | 08.5290.02 |
| 38. | Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Christophe Haller betreffend Solardächer im Gebiet vorderer Jakobsberg. | BVD | 08.5303.02 |
| 39. | Rücktritt von Stephan Gassmann als Mitglied des Grossen Rates (auf den Tisch des Hauses). | | 09.5953.01 |

Anhang B: Neue Vorstösse

Anzug

a) **Anzug betreffend Koordination der Zusammenarbeit und 100 Reintegrationsjobs zur erfolgreichen Umsetzung der 5. IV-Revision in Basel-Stadt**

09.5043.01

Die Massnahmen der 5. IV-Revision zielen darauf hin, Renten zu vermeiden, die Arbeitsplätze von psychisch erkrankten Personen zu erhalten und sie schnellstmöglich wieder an ihren bestehenden, oder der neuen Situation angepassten Arbeitsplatz zurückzuführen. Je länger jemand vom Arbeitsprozess fern ist, desto problematischer gestaltet sich seine Arbeits-Reintegration. Kernelemente der 5. IV-Revision sind deshalb die Früherfassung, die Frühintervention (FE/FI) und diverse Integrationsmassnahmen (IM).

Die Ausrichtung der 5. IV-Revision ist grundsätzlich zu begrüssen. Real zeigen sich jedoch gravierende Mängel in Konzeption und praktischer Umsetzung. Die konjunkturelle Situation im Arbeitsmarkt dürfte die Problematik zudem verschärfen.

Die Zahlen aus dem regelmässig erscheinenden Eingliederungsbulletin der IV-Stelle Basel-Stadt zeigen, dass die 5. IV-Revision ihre Wirkung (noch) nicht entfaltet hat, resp. sich am Hauptanteil der IV-Neuanmeldungen noch nichts verändert hat.

Die IV-Gesetzgebung ist bundesrechtlich geregelt, die Umsetzung liegt aber bei den Kantonen. Daher sind die Anzugstellenden überzeugt, dass für diverse Problembereiche produktive Steuerungsmöglichkeiten auf kantonaler Ebene bestehen.

Die Probleme:

Information: Zuweisende Stellen wie Hausärzte, Psychiater, Therapeuten und weitere sind ungenügend oder falsch informiert. Sie wissen nicht, was die IV alles an Massnahmen für betroffene Menschen anbietet, wie die Zugangskriterien und Abläufe sind, welche Massnahme zu welchem Klient zu welchem Zeitpunkt passt usf.

Arbeitsmarkt: Angebote wie Jobcoaching und Einarbeitungszuschüsse scheinen die Arbeitgeber noch gar nicht erreicht zu haben, passen nicht zu deren Bedürfnissen oder schrecken ab, weil die Zugänge unübersichtlich sind, IV-Ansprechpartner wechseln oft.

Eigentliche Reintegrations-Arbeitsstellen im ersten Arbeitsmarkt sind nicht vorhanden.

Flankierende Massnahmen: Menschen mit psychischer Beeinträchtigung (für welche Massnahmen wie FE, FI und IM vor allem gedacht wären) haben oft schwankende Krankheitsverläufe. Phasen mit guter Leistungsfähigkeit werden unterbrochen von Krisen und Arbeits-Unterbrüchen. Die Begrenzung auf eine einmalige, einjährige Frühinterventions-massnahme pro Kopf und Leben wird den Verläufen von psychischen Erkrankungen nicht gerecht. Die Betroffenen sind (noch) nicht in der Lage, die hohen Anforderungen der Programme zu erfüllen, fürchten erneut zu scheitern, fühlen sich verunsichert wann und welcher nächste Entwicklungsschritt reif und richtig ist. Ein neutrales, niederschwelliges Beratungsangebot für vorstrukturierende Informations- und Motivationsarbeit fehlt.

Koordination: Eine Vielzahl von bestehenden und neu zusammengestellten Abteilungen im Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, im Gesundheitsdepartement und ggf. weiteren, arbeiten aus unterschiedlichen Blickwinkeln teilweise mit den gleichen Anspruchsgruppen, koordinieren sich aber leider oft ungenügend oder gar nicht.

Gerade in dieser zentralen Schnittstelle von medizinischer Versorgung und Sozialversicherungs-Netzwerken fehlt die Übersicht. Die Koordination ist ungenügend und ein zentrales, überdepartementales Steuerungsorgan fehlt.

Die Anzugstellenden bitten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten:

- Wie die Zusammenarbeit der kantonalen Anbieter mit den zuweisenden Stellen verbessert und korrekte, klare Informationen und Instruktionen sichergestellt werden können, so dass die richtigen KlientInnen rasch zu den auf sie zugeschnittenen Programmen kommen?
- Wie die Zusammenarbeit mit Arbeitgebern der Region dahingehend verbessert werden kann, dass diese sich an der Reintegration beteiligen, respektive Anreizangebote wie Jobcoaching oder Einarbeitungszuschüsse tatsächlich unkompliziert nutzen können?
- Wie bis zum Jahr 2012 im Kanton Basel-Stadt mindestens 100 Stellen zur Reintegration von psychisch kranken Menschen geschaffen werden können
- Wie er den Bedarf einer neutralen Beratungsstelle beurteilt, welche Menschen mit psychischer Beeinträchtigung unterstützt, sich im Angebots- und Massnahmenschwungel zu Recht zu finden und die Betroffenen in das für sie passende Interventionsprogramm vermittelt. (Keine Schaffung einer neuen Stelle, sondern Auftragsfokussierung, evt. -erweiterung bestehender Angebote)

- Ob zur Steuerung, Koordination und Lösung der wesentlichen Herausforderungen eine überdepartementale Strategieguppe gebildet werden kann, in welcher alle relevanten, mit den nötigen Kompetenzen ausgestatteten Verwaltungs-Verantwortlichen Einsitz haben?

Martina Saner, Salome Hofer, Christine Heuss, Greta Schindler, Jürg Meyer, Philippe Pierre Macherel, Brigitte Hollinger, Francisca Schiess, Ursula Metzger Junco P., Markus Benz, Christine Keller, Mustafa Atici, Gülsen Oeztürk, Christine Locher-Hoch, Annemarie Pfeifer, Daniel Stolz, Urs Müller-Walz, Doris Gysin

Interpellationen

a) Interpellation Nr. 6 betreffend die Ausrichtung des Immobilienportfolios des Finanzvermögens von Immobilien Basel im Rahmen des Politikschwerpunktes „Stadtwohnen“

09.5057.01

Im Januar hat der Regierungsrat ein Acht-Punkte-Programm zum Stadtwohnen verabschiedet (vgl. Berichterstattung in der BaZ vom 16.1.09). Grundlage dieses Programms ist ein „Konzept zur Unterstützung des Politikschwerpunktes 'Stadtwohnen' durch das Immobilienportfolio des Finanzvermögens" von Immobilien Basel-Stadt

([www.immobilien.bs.ch/konzept zur unterstuetzung stadtwohnen von wueest partner.pdf](http://www.immobilien.bs.ch/konzept_zur_unterstuetzung_stadtwohnen_von_wueest_partner.pdf)).

In diesem Konzept werden auch die Zielgruppen umschrieben, die durch dieses Immobilienportfolio angesprochen werden sollen. Es ist dies vor allem die Lebensmilieu-Gruppe der „Postmateriellen“, d. h. kritische Intellektuelle aus der Mittel- und Oberschicht mit entsprechenden finanziellen Ressourcen, und die Lebensmilieu-Gruppe der „Modernen Performer“, die ein „junges, erlebnis- und leistungsorientiertes Milieu“ repräsentiert (S. 1 des Konzepts). Diese Zielgruppen müssen gemäss Konzept mit einem Wohnungsangebot angegangen werden, die gehobene Ansprüche befriedigt. Absicht dahinter ist, gute Steuerzahler in der Stadt zu behalten oder in die Stadt (zurück) zu bringen.

Während eine solche Politik durchaus einleuchtet und Sinn macht, stellt sich aber auch die Frage nach Wohnraum für Familien. Dazu schreibt das Konzept: „Auch wenn diverse Städte bemüht sind, vermehrt wieder Familien in die Stadt zu holen, darf dabei nicht vergessen werden, dass die Hauptzielgruppe der städtischen Wohnungspolitik die 1- und 2-Personen-Haushalte sind und dass diese Gruppe zunehmen wird.“ Zwar wird auch die Förderung von Familien als gesellschafts-politisch und demografisch wichtig erachtet, als einzige Massnahme wird aber nur „die gezielte Einbindung oder auch Förderung von Genossenschaften und genossenschaftlichen Wohnungsbau“ erwähnt.

Es stellt sich nun die Frage, ob eine staatliche Stelle wie die Immobilien Basel-Stadt sich nicht nur so einseitig zugunsten der Schaffung von Wohnraum für DINKS („Double Income No Kids“; S. 7 des Konzepts), sondern auch in der aktiven Förderung von Wohnungsbau für Familien einsetzen und diese Aufgabe nicht nur dem - per definitionem - nicht-staatlichen genossenschaftlichen Wohnungsbau überlassen soll. Es ist finanzpolitisch sicher sinnvoll, gute Steuerzahler in der Stadt zu behalten und in die Stadt zu bringen. Aber ebenso überlebenswichtig für ein urbanes Gemeinwesen ist die Familie mit Kindern, die in der Stadt aufwachsen, hier in die Schule gehen und eine lebenslange Verbindung zum Ort ihrer Kindheit entwickeln.

Immobilien Basel-Stadt, für viele noch unter dem Namen „Zentrale Liegenschaftsverwaltung“ (ZLV) bekannt, hat eine gewisse Vorbildfunktion in unserer Stadt. Für viele Bürgerinnen und Bürger stand die „alte“ ZLV neben der Verwaltung von staatlichem Büroraum auch für so etwas wie sozialen Wohnungsbau. Nun scheint mit diesem Konzept eine grundsätzliche Neuorientierung eingeleitet worden zu sein.

Ich möchte entsprechend die Regierung fragen,

1. Ob es richtig ist, dass eine Neuorientierung der Immobilien Basel-Stadt mit Schwergewicht auf der Schaffung von Wohnraum für Singles, Paare stattgefunden hat?
2. Inwiefern Immobilien Basel-Stadt vorsieht, ausser der Vergebung von geeigneten Parzellen im Baurecht an Genossenschaften, sich proaktiv auch für den Bau von grösseren Familienwohnungen einzusetzen?
3. Wie sie die Vorbildfunktion der staatlichen Immobilien-Instanz für den Wohnungsbau in unserer Stadt einschätzt?
4. Ob sie die Auffassung des Interpellanten teilt, dass für Basel als reinem Stadtkanton im Gegensatz etwa zu Zürich die staatliche Förderung von attraktivem Wohnraum für Familien mit Kindern recht eigentlich überlebenswichtig ist, da diese in Basel aufgewachsene Generation zu einem wesentlichen Teil das Rückgrat der künftigen staatstragenden Bürgerschaft unseres Kantons bildet?

Oswald Inglin

b) Interpellation Nr. 7 betreffend Situation Basler Waisenhaus

09.5058.01

Das Basler Waisenhaus ist eine wichtige Institution des Kantons Basel-Stadt. Die Finanzierung des Basler Waisenhauses ist unter anderem über eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton und somit auch durch Steuergelder gewährleistet. Nicht zuletzt deshalb stehen die Ereignisse um die Entlassung des „Waisenhausvaters“ im öffentlichen Interesse und müssen auch hier im Grossen Rat aufgegriffen werden. Denn seine Entlassung markiert nur das vorläufige Ende einer Reihe merkwürdiger Begebenheiten um das Waisenhaus: Im März 2008 hatte sich der Bürgerrat in einer Medienmitteilung zu 100 Prozent hinter den damaligen Waisenhausleiter gestellt. Im Dezember desselben Jahres muss dieser wegen «unüberbrückbarer Differenzen» gehen. Ein Jahr zuvor wird die Öffentlichkeit mit dem plötzlichen Rücktritt von Raphaella Kristmann konfrontiert. Die von aussen undurchschaubaren und willkürlich wirkenden Ereignisse werfen Fragen auf.

Ist die Regierung bereit eine Kommission einzusetzen, die das undurchsichtige Vorgehen um die Entlassung des „Waisenhausvaters“ beleuchtet und welche die Befugnis erhält, in "vertrauliche" Dokumente Einsicht zu nehmen und die beteiligten Personen zu befragen?

Inwieweit ist es für den Regierungsrat möglich Einfluss auf die Geschäfte im Bürgerrat zu nehmen und dafür zu sorgen, dass eine klare Trennung zwischen dem operativen Geschäft und der Politik vorgenommen wird?

Ist der Regierungsrat über die Gründe der Trennung informiert worden und kann der Regierungsrat diese nachvollziehen?

Wie werden die Leistungen für die Bürgerräte erbracht? Was bezahlt die Bürgergemeinde noch an das Waisenhaus und trifft es zu, dass die Bürgergemeinde nicht mit Steuergeldern arbeitet, „sondern mit dem Geld, das sie erwirtschaftet“ (Paul von Gunten im BaZ-Interview vom 10.3.2008)?

Ist der Regierungsrat bereit, Massnahmen zu initiieren, um einer neuen Eskalation vorzubeugen und somit Kontinuität und Ruhe im Basler Waisenhaus zu gewährleisten?

Thomas Grossenbacher

c) Interpellation Nr. 8 betreffend Polizeieinsatz vom 1. März im Matthäusquartier

09.5059.01

Am Sonntag, 1. März rückte die Polizei zu einem Einsatz im Matthäusquartier aus. Den Schilderungen der Betroffenen nach, lief bei diesem Einsatz einiges nicht nach Vorschriften und ich möchte mit dieser Interpellation erreichen, dass einzelne Punkte bei diesem Einsatz überprüft werden. Insbesondere scheint es Verletzungen des Polizeigesetzes gegeben zu haben und Vorgehensweisen, die nicht den Empfehlungen des Berichtes Meier zu den Vorfällen im Zusammenhang mit der Anti-WEF-Demonstration 2008 entsprechen.

Die Ereignisse an diesem Tag spielten sich - aus Sicht der Betroffenen - wie folgt ab.

Am Sonntag, 1. März gegen 12.30 Uhr rückte die von einer Passantin gerufene Polizei wegen eines aus dem Fenster geflogenen Stuhles im Matthäusquartier aus. Sie trafen in der besagten Wohnung auf eine Gruppe von sechs jungen Erwachsenen und wollten den Werfer/die Werferin des Stuhles identifizieren. Die Gruppe nannte die werfende Person nicht und die Polizei liess zwei weitere Personen, u.a. der Mieter der Wohnung, nicht in die Wohnung. Eine dritte Person durfte sich in den restlichen Räumen der Wohnung frei bewegen und wurde im Folgenden auch nicht auf den Polizeiposten mitgenommen. Infolgedessen informierte die Polizei nicht alle Leute über den Grund des Besuches und es gelang daher nicht die werfende Person vor Ort zu identifizieren - dies obwohl die Gruppe dies angestrebt hatte. Die beiden Personen vor der Wohnung, einer davon Mieter, wehrten sich gegen den verweigerten Einlass in die eigene Wohnung und eine davon wurde unsanft die Treppe herunter begleitet. Ein Polizist erwiderte auf die Bitte um Einlass, dass er sicher noch nie Miete bezahlt habe. Eine Person in der Wohnung wollte schauen, was sich im Hausgang abspielt und stellte sich neben den Einsatzleiter um etwas zu sehen. Daraufhin wurde sie vom Einsatzleiter weggestossen. Er zog den Pfefferspray und drohte, ihn zu benutzen. Daraufhin forderte sie ihn auf, sich auszuweisen und die Dienstnummer bekannt zu geben. Diese Forderung wiederholte sie drei Mal. Er meinte, dass er sich nicht ausweisen muss und dies auf dem Posten machen würde

Obwohl sich die meisten der acht Leute hätten ausweisen können, beschloss die Polizei alle acht Personen mit auf den Polizeiposten zu nehmen. Als die Verstärkung eintraf, wurden die beiden Personen, die sich vor der Wohnung befanden mit Handschellen gefesselt, z.T. gewaltsam und in den Kastenwagen begleitet. Die anderen Personen, die sich in der Wohnung befanden, mussten in Begleitung von Polizisten ihre Ausweise holen, wurden dann abgetastet und aufgefordert den Kastenwagen zu besteigen. Dieser Anweisung folgten sie widerstandslos.

Während dem Transport im Kastenwagen wollte eine Person ein Telefonat machen um die Verabredung mit ihrer Mutter abzusagen. Dies wurde ihr untersagt und als sie dies nach anfänglichem Weigern akzeptiert hatte, tätschelte ihr ein Polizist auf den Kopf. Sie stiess ihn von sich. Zudem fragten die Verhafteten wie es mit den Kosten dieser

Verhaftungsaktion aussieht, weil sie die Situation klären wollten. Daraufhin lautete die Antwort, dass die Finanzierung alleine durch die Steuergelder der anwesenden Polizisten getragen wird, ein indirekter Vorwurf, dass die Verhafteten sowieso keine Steuern zahlen würden.

Auf dem Posten wurden die Verhafteten in Einzelzellen oder Verhörzimmer gebracht. Sie mussten sich nackt ausziehen. Die Begründung lautete, dass die Ausführenden die Befehle zu befolgen hätten und dass dies dem eigenen Schutz dienen würde. Danach mussten sie ein Formular ausfüllen und einen Alkoholtest machen. Sechs Personen hatten einen Wert <0.70/00, zwei Personen einen höheren (ca. 1.30/00). Die persönlichen Gegenstände wurden untersucht und auf einem Formular festgehalten. Die beiden Personen mit den höheren Alkoholverwerten wurden bis um 21 h in einer Einzelzelle mit der Begründung „Ausnüchterung“ festgehalten.

Während der gesamten Kontrolle auf dem Posten wurde nicht einmal der Vorfall „Stuhl aus dem Fenster“ erwähnt oder versucht die werfende Person zu identifizieren. Es fanden auch keine Befragungen dazu statt. Eine Person, die sich zu Beginn im Hausgang befand, fragte nach dem Grund für die Verhaftung. Der Grund wurde nicht genannt. Jedoch wurde sie in Kenntnis gesetzt, dass eine Polizistin, die bei der Festnahme dabei war, sie anzeigen würde weil sie sich am Finger verletzt habe. Kurz darauf erfuhr die verhaftete Person den Grund für die Verhaftung, dieser wurde in Zusammenhang mit dem Vorfall „Stuhl aus dem Fenster“ gebracht.

Bei der Entlassung erhielten die Verhafteten ihre persönlichen Gegenstände zurück. Nachdem eine Person vor dem Unterschreiben die Sachen kontrollieren wollte, nahm der Einsatzleiter das Protokoll und sagte, dass die Polizei in diesem Falle selber unterschreiben würde. Andere Polizisten waren auch in der Eingangshalle und schauten zu. Ein Polizist hatte einen Stock in der Hand, der einem Verhafteten gehörte und tanzte im Raum herum und sagte er sei Charlie Chaplin. Die Verhaftete fragt erneut nach der Dienstnummer. Eine Polizistin sagte schnell ihre Nummer, eine ca. 7stellige Zahl. Sie erwidert darauf, ob die Verhaftete sich die Nummer merken konnte, wenn nicht, dann sei das jetzt ihr Problem. Weiter forderte die Verhaftete die Dienstnummern und bestand auf ihr Recht. Hier erwähnt sie auch das Thema Macht und stellt klar, dass die Polizisten hier ihre Machtposition ausüben und die Rechte der Festgenommenen nicht wahrnehmen. Daraufhin wird sie mehrmals vom Einsatzleiter gestossen und von diesem zum Polizeiposten hinaus gestossen. Die anwesenden Polizisten lachten. Beim Hinaus-Stossen forderte sie nochmals die Dienstnummer des Einsatzleitenden. Er sagte eine dreistellige Zahl.

Bei einer anderen verhafteten Person stand auf dem Formular nur wie viel Geld sie dabei hatte, ihr wurde gar nicht die Möglichkeit gegeben das Formular zu unterschreiben und beim Herausgehen wurde sie informiert, dass sie angezeigt wird. Erst nach mehrmaligem Nachfragen kam dann die Begründung „Dienstverhinderung“.

Einer dritten Person (die Gleiche, welcher schon einmal mitgeteilt wurde, dass sie eine Anzeige wegen Körperverletzung erhalten würde) wurde mitgeteilt, dass sie wegen Dienstverhinderung und Körperverletzung angezeigt werde. Nachdem sie ihre persönlichen Gegenstände zu sich genommen hatte, wurde sie von einem Polizisten wegen ihren Schuhen verspottet.

Mir ist bewusst, dass diese Schilderung eine subjektive Färbung hat, aber einzelne Punkte scheinen mir genug gravierend, dass sie abgeklärt werden sollen. Ich bitte daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurde bei diesem Einsatz die Empfehlung aus dem Bericht Meier, dass die Triage und Identitätsüberprüfung möglichst vor Ort stattfinden soll eingehalten (§35 Abs. 2 PolG. Bericht Meier Kapitel 2.2.1)?
2. Nach welchen Kriterien wurde entschieden, wer auf den Posten mitgenommen wird und wer nicht?
3. Weshalb stand auf dem Polizeiposten nicht mehr die Identifikation der Stuhlwerfenden Person im Vordergrund?
4. Die Personenkontrollen mit Kleiderdurchsuchung wurden zwar den Vorschriften entsprechend von Korpangehörigen gleichen Geschlechts durchgeführt. Jedoch steht in diesem Fall die Frage im Raum, weshalb eine Kleiderdurchsuchung nötig war (Bericht Meier 2.2.4)? Die Verhafteten waren „nichts-ahnend“ zu Hause und rechneten auf keinen Fall mit einer Verhaftung.
5. Weshalb wurde nicht allen Verhafteten der Grund für die Verhaftung angegeben (Verstoss gegen §37 Abs. 2 PolG)?
6. Warum haben die Polizeiangehörigen keine Namensschilder oder eine andere individualisierte Kennzeichnung getragen? Warum gaben die gefragten Polizeiangehörigen einer verhafteten Person trotz mehrmaligem Nachfragen ihre Dienstnummer nicht bekannt?
7. Weshalb durften die Verhafteten bei der Entlassung ihre persönlichen Gegenstände nicht kontrollieren und das Formular unterschreiben?
8. Nach welchen Kriterien wurde entschieden und wird im Allgemeinen entschieden wer zur Ausnüchterung auf dem Polizeiposten bleiben muss (Promillegrenze? Andere Gründe?)?
9. Empfindet die Polizei das oben beschriebene Klima wirklich als nicht diskriminierend und das Verhalten der Polizeiangehörigen als vorurteilslos? ich möchte da insbesondere auf folgende Dinge hinweisen:
 - a. Anmerkung eines Polizeiangehörigen, dass die Verhafteten sowieso keine Steuern oder Miete bezahlen
 - b. Auf den Kopf tätscheln im Kastenwagen

- c. Charlie Chaplin Tanz von einem Polizisten mit dem Stock eines Verhafteten
- d. Lachen von Polizisten, wenn der Einsatzleiter eine verhaftete Person herumstösst
- e. Verspotten einer verhafteten Person wegen ihrer Schuhe
- f. Etc.

Loretta Müller

d) Interpellation Nr. 9 betreffend Landhof-Areal

09.5060.01

Anfang Februar 2009 wurden die Nutzer des Landhofes bei der Messe informiert, dass das Landhof-Areal vom 8. - 14. Juni 2009 an die Kunstagentur Scope vermietet werde und die Verträge bereits unterschrieben seien. Gemäss mündlichen Äusserungen soll auf der ganzen Rasenfläche des Fussballplatzes ein grosses Zelt errichtet werden. Die Fläche werde mit Auf- und Abbau für rund 3 Wochen belegt (d.h. vom 1. - 21. Juni 2009). Zudem sollen in diesem Zusammenhang die Stehrampen gerodet werden.

1. Trifft der dargestellte Sachverhalt zu?
2. Weshalb wurden die Nutzer des Landhofareals bisher nicht offiziell informiert? Wurden die Anwohnenden orientiert?
3. Das Landhof-Areal wird für Aktivitäten mit Kindern genutzt, und die Nutzer haben dazu mit der Christoph Merian-Stiftung eine Leistungsvereinbarung. Diesen Auftrag können sie während der Belegung von 3 Wochen nicht ausführen. Welche Alternativen werden zur Verfügung gestellt?
4. Spiel- und Sportmöglichkeiten für Kinder sind in der Stadt rar. Welchen Stellenwert haben Spiel- und Sportmöglichkeiten für Kinder bei der Regierung? Besteht dazu ein Konzept?
5. Bezüglich des Erlasses eines Bebauungsplanes für das Landhof-Areal wurden Einsprachen eingereicht. Darin wird auch gemäss „kantonaler Verordnung über den Natur- und Landschaftsschutz“ (Paragraph 15 Abs. 2) die Aufnahme eines Naturinventars der Stehrampen verlangt. Den Einsprechenden wurde mit Brief vom 24. Februar 2006 die Erstellung eines Naturinventars zugesichert. Seither blieben sie ohne weitere Nachricht. Wurde das Naturinventar in der Zwischenzeit aufgenommen? Zu welchem Ergebnis ist es gegebenenfalls gekommen? Teilt die Regierung die Auffassung, dass die Stehrampen (gemäss Art. 18 Abs. 1ter NHG) unter präventivem Schutz stehen und nicht beeinträchtigt oder gar gerodet werden dürfen, falls das Naturinventar zu einem positivem Ergebnis gekommen ist?

Eveline Rommerskirchen

Schriftliche Anfragen

a) Schriftliche Anfrage: Wieder mehr Tuberkulosefälle. Gilt dies auch für Basel?

09.5056.01

08.5039.01

In der Sonntags Zeitung vom 15. Februar 2009 war zu lesen, dass im Jahr 2008 10% mehr Tuberkulosefälle als im Vorjahr zu verzeichnen waren. In knapp 20% der Fälle seien Asylsuchende oder Flüchtlinge betroffen. Im Kanton Zürich, wo die meisten Fälle aufgetreten sind, verstarb eine Frau an einer offenen Lungentuberkulose. Im Juli 2008 berichtete die Basler Zeitung von drei Securitas-Mitarbeitern, welche sich in der Asyl-Empfangsstelle angesteckt hatten.

Im Wissen darum, dass die Gesundheitschecks und Screenings in den Empfangszentren in die Kompetenz des Bundes fallen und im 2005 abgeschafft wurden, bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist auch im Kanton Basel-Stadt eine Zunahme von Tuberkulosefällen zu verzeichnen? Wenn ja, um wie viele Fälle handelt es sich?
2. Sind Fälle multiresistenter Tuberkulose aufgetreten?
3. Mit welcher Strategie gedenkt die Regierung auf eine Zunahme der Fälle zu reagieren?
4. Die Praxis zeigt, dass Lungenröntgenbilder nicht immer effektiv sind beim Erkennen einer Tuberkulose. Welche anderen Methoden werden eingesetzt?
5. Was unternimmt der Kanton zum Schutz der Mitarbeitenden in den Empfangszentren?

Brigitte Hollinger

b) Schriftliche Anfrage betreffend Veloübergang am Grossbasler Brückenkopf der Dreirosenbrücke

09.5064.01

Seit dem Bau der neuen Dreirosenbrücke, vor über sieben Jahren, wurde am Grossbasler-Brückenkopf ein Veloübergang parallel zum Fussgängerstreifen markiert. Anfänglich hatte dieser Bauprovisoriumcharakter wegen dem etappenweisen Bau der Brücke. Auf Wunsch und drängen der Velofahrenden wurde er jedoch belassen, selbst nach Eröffnung dieses Autobahnabschnittes.

Dieser Veloübergang am Grossbasler Brückenkopf, parallel zum Fussgängerstreifen ist sehr beliebt, wird er doch von Hunderten von Velofahrenden täglich benützt. Der Übergang ist der direkteste und bequemste Weg um von der Mühlhauserstrasse zum Campus zu gelangen. Der Weg über die Veloampel Fabrikstrasse wird als kompliziert empfunden und ist mit langen Wartezeiten verbunden. Von Kleinhüningen her zur Mülhauserstrasse und Richtung Kannenfeldplatz ist der Weg via den unterwasserseitigen Veloweg und den Veloübergang direkter und beliebter als die Querung der Dreirosenkreuzung und das unlogische Einbiegen auf den oberwasserseitigen Radweg.

Ende Februar 2009 wurde ohne Ankündigung und ohne Publikation der beliebte und bewährte Veloübergang am Grossbasler-Brückenkopf der Dreirosenbrücke aufgehoben. Ebenso wurden die Asphaltanrampungen fein säuberlich entfernt. Mit dem Entfernen des Übergangs können die Velofahrenden nicht davon abgehalten werden dort die Fahrbahn zu überqueren, was gesetzlich auch erlaubt ist. Ohne Sicherheitsmassnahmen werden die Velofahrenden durch den Autoverkehr unnötig gefährdet, rechnen doch diese nicht mehr mit Zweiradverkehr an dieser Stelle.

Ich frage deshalb den Regierungsrat an:

- Wieso wurde dieser langjährige, beliebte und sichere Veloübergang entfernt?
- Wieso wurde die Aufhebung nicht im Kantonsblatt publiziert, hatte doch die über sieben Jahre dauernde verkehrspolizeiliche Massnahme permanenten Charakter?
- Ob dieser wichtige und beliebte Veloübergang sofort wieder eingerichtet werden kann?

Jörg Vitelli

c) Schriftliche Anfrage betreffend Gefährdung der Basler Bevölkerung durch ungenügende Aufsicht und fehlende sanitärische Kontrolle von Asylsuchenden

09.5072.01

(Ergänzung zur Anfrage von Frau Hollinger 09.5056.01)

Da im Jahr 2005 die Gesundheitschecks in den Asylempfangsstellen durch einen schriftlichen Fragebogen ersetzt wurden, welcher durch die Asylsuchenden ausgefüllt werden muss, besteht zurzeit ein massives Sicherheitsmanko. Es ist bekannt, dass grosse Teile der Asylsuchenden über mehrere Alias-Namen verfügen und sie demzufolge nicht immer wahrheitsgetreu antworten. Deshalb ist es mir schleierhaft, weshalb man sich beim Gesundheitsfragebogen auf die Aussagen des jeweiligen Asylanten verlässt.

Gesundheitsschädigende und zum Teil hochansteckende Krankheiten werden so öfters nicht oder zu spät entdeckt. So können andere Asylsuchende, Betreuer und Personen aus der Basler Bevölkerung angesteckt werden. Erst kürzlich grassierte in den Basler Asylstellen eine Krätze mit sehr hohem Ansteckungspotential. Betreuer und gewisse Behörden wurden diesbezüglich gewarnt, sich den Asylsuchenden nicht zu nähern. Vor allem Personen vom afrikanischen Kontinent, welche teilweise noch nie eine Impfung erhielten und aus Ländern mit katastrophalen hygienischen Bedingungen kommen, stellen scheinbar ein erhöhtes Risiko dar. Fragen:

1. Weshalb toleriert die Basler Regierung, dass die Gesundheit der Basler Bevölkerung so gravierend aufs Spiel gesetzt wird? Wurde in Bern bereits durch die Basler Regierung interveniert?
2. Weshalb wurden beim Krätze-Fall nur Betreuer und gewisse Behörden informiert? Obwohl die Asylanten sich frei in der Stadt bewegen konnten und so ständig in Berührung mit der örtlichen Bevölkerung kamen (z.B. öffentliche Verkehrsmittel, Restaurant usw.)? Hat die Basler Bevölkerung kein Anrecht zeitgerecht gewarnt zu werden?
3. Wurden die befallenen Asylanten unter Quarantäne gestellt und wenn ja, weshalb nicht sofort nach der Entdeckung der Krankheit?
4. Im Asylheim an der Freiburgerstrasse (BFM) mussten scheinbar grössere Desinfektionsaktionen durchgeführt werden. Stimmt das und wurden diese ausschliesslich vom Bund bezahlt?
5. Wurden die Zivilschutzbunker, welche Basel-Stadt als Asylheime missbrauchte, ebenfalls desinfiziert? Wer

bezahlte diese Aktionen? Wurden sie komplett desinfiziert (inkl. Vernichtung und Ersetzen von Matratzen)?

6. Wurde ein Zusammenhang zwischen in der Schweiz neuerdings vermehrt auftretenden Krankheiten (Tuberkulose, Masern usw.) und den in der Vergangenheit und immer wiederkehrend in den Asylzentren grassierenden Krankheiten erkannt?
7. In der heutigen Zeit, in welcher man innert wenigen Stunden die Strecke zwischen Afrika und der Schweiz zurücklegen kann, ist es denkbar, dass eine Person mit Ebola oder Lassa-Fieber in die Schweiz reist. Gibt es Notfallpläne um eine solche Epidemie einzudämmen? Mit wie hohen Verlusten von Menschenleben müsste man rechnen (auf Basel bezogen)?
8. Wer kommt für die Genesungskosten der erkrankten Securitas-Mitarbeiter auf? Wurden bereits Basler Polizisten und Rettungssanitäter, welche öfters mit den Asylsuchenden zu tun haben, in Mitleidenschaft gezogen? Wenn ja, wer kommt für diese Kosten auf?

Samuel Wyss